

"HT"

# Fairhandel statt Freihandel gefordert

*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD: Paul Hümmer zum Sprecher gewählt*

**HASSBERGKREIS** Zu den turnusgemäßen Neuwahlen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD des Unterbezirkes Haßfurt-Rhön im Hotel Goger in Augsburg konnte Unterbezirkssprecher Paul Hümmer aus Sand auch die unterfränkische AfA-Bezirksvorsitzende Marietta Eder aus Schweinfurt als Referentin begrüßen. Im Amt als Sprecher wurde Paul Hümmer von der Konferenz bestätigt, mit dem DGB-Kreisvorsitzenden von Rhön-Grabfeld und Kreisrat Torsten Raschert aus Bad Neustadt wurde ein neuer Stellvertreter ins Amt berufen.

Nach einem Impulsreferat als Themeneinstieg durch Marietta Eder diskutierten die Arbeitnehmer über die möglichen Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen. „Wir werden keinem Abkommen zustimmen, das zu Lohn- und Sozialdumping führt“, so Marietta Eder. „Weder Kanada noch die USA haben bis jetzt alle acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Es kann nur einen fairen Handel geben, wenn die Arbeitnehmer starke Mitspracherechte haben. Dies muss endlich auch Schwerpunkt der Verhandlungen werden“, forderte die Bezirksvorsitzende Eder der AfA Unterfranken.

„Mit großer Sorge blickten wir als Beschäftigte und Bürger auf den Stand zum Schutz der Daseinsvorsorge. Wir als SPD und als Gewerkschaftler wollen den Schutz der öffentlichen Güter und der kommunalen Daseinsvorsorge. Das ist nur über die Positivliste möglich. Es muss selbstverständlich möglich sein, Bereiche, die bereits privatisiert wurden, wieder zu rekommunalisieren, wieder in kommunale Verantwortung zu bekommen. Das ist aber derzeit nicht im CETA-Abkommen vorgesehen. Deshalb lehnen wir es ab“, so Marietta Eder.

Dagegen sei immer nur ein Investitionsschutzmechanismus festgeschrieben. „Wir werden nicht zulassen, dass über das Schicksal von Menschen und ganzen Staaten über private, intransparente Schiedsgerichte entschieden wird. Es gab Verbesserungen in diesem Bereich. Diese reichen aber lange noch nicht aus“, so Eder. Die Mitglieder der AfA-Haßfurt/Rhön waren sich einig: „Es muss in diesen und weiteren Punkten nachverhandelt werden. Zurzeit ist weder CETA noch TTIP für uns als

Interessenvertreter der Arbeitsgemeinschaft zustimmungsfähig“, so Edi Klug, Gertrud Strätz und Paul Hümmer übereinstimmend.

Die Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada beziehungsweise den USA sollen tarifliche und nichttarifliche Handelshemmnisse für einen freien, grenzenlosen Handel aus dem Weg räumen. Tarifliche Hemmnisse seien Zölle, die bereits jetzt vergleichsweise gering seien. Unter nichttariflichen Hemmnissen verstehe man technische Standards genauso wie Sozial-, Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. „Diese Standards, insbesondere im Sozial- und Arbeitsbereich, wurden hart politisch erstritten, wir wollen nicht, dass diese jetzt untergraben, ausgehöhlt oder verschlechtert werden“, machte der im Amt bestätigte AfA-Sprecher Paul Hümmer klar.

Gemeinsam waren sich die Teilnehmer und Eder einig, alle Bürger aufzufordern, aktiv zu werden: „Das Abkommen mit Kanada ist fertig verhandelt, das heißt die Zeit drückt. Wir wollen kein Abkommen, das unsere Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards aushebelt oder unsere Daseinsvorsorge gefährdet. Diese Form lehnen wir ab“, so Paul Hümmer.

Die Neuwahlen für den Unterbezirksvorstand brachten folgendes Ergebnis: Zum Sprecher wurde Paul Hümmer gewählt, zu seinem Stellvertreter Torsten Raschert. Zu Beisitzern im Unterbezirksvorstand wurden berufen: Werner Strätz, Egon Friedel, Reiner Greich, Edi Klug, Gertrud Strätz und Martin Eisemann.

Ebenfalls neu bestätigt wurden die Delegierten für die unterfränkische Bezirkskonferenz der AfA: Paul Hümmer, Torsten Raschert, Brunhilde Giegold, Werner Strätz, Egon Friedel, Reiner Greich, Edi Klug, Gertrud Strätz, Bernd Bieber. Zu Ersatzdelegierten wurden Irene Derra, Günther Heusinger, Hannelore Schlee und Jürgen Kolbert berufen.

Den Bezirk Unterfranken dürfen als Delegierte auf der AfA Landeskongress am 9. Mai in Nürnberg, Paul Hümmer, Torsten Raschert und Werner Strätz vertreten. Für die Landeskongress als Ersatzdelegierte fungiert Reiner Greich, Betriebsratsvorsitzender bei Rexroth und Stadtrat in Haßfurt.

## Streiflichter aus dem Alltagsleben

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD tagte kürzlich in Augsburg. Im Mittelpunkt standen neben den üblichen Regularien die möglichen Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa, CETA und TTIP. Man mag ja der SPD oftmals vorwerfen, sich in kniebohrerischer Manier auf die Mücke statt den Elefanten zu stürzen, aber sicher nicht hier. Was die heimische SPD – und nicht nur die – auf die Palme bringt, sind die weitreichenden möglichen Folgen der Abkommen für die Kommunen. Dabei ist es den Protagonisten dieser Abkommen gelungen, die Bevölkerung gehörig an der Nase herumzuführen. Während nämlich Otto Normalhäßbergler meist nur über Chlorhühnchen, gentechnisch veränderten Mais und andere Schludrigkeiten des amerikanischen Verbraucherrechtes, die mit Unterzeichnung des Vertrages auch dem europäischen Markt drohen könnten, philosophiert, geht es nämlich im Kern nicht um die – läppische – Aufhebung von Zöllen oder Importverboten wie in klassischen Freihandelsabkommen. Es geht vielmehr um die innerstaatlichen Gesetze, um Regulierungen und Subventionen, die von den Menschen einst mühsam erkämpft wurden, nun aber mit dem Kainsmal versehen werden, dass sie einem auswärtigen Investor sein Geschäft erschweren.

Kommunal betrifft das durchaus lebenswichtige Einrichtungen wie Krankenhäuser, Stadtwerke oder kulturelle Institutionen. Diese stehen nämlich in Konkurrenz zu privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen und genau die könnten in den Subventionen, die der Landkreis Haßberge beispielsweise aufbringt, um die Haßberg-Kliniken am Leben zu erhalten, wenn mal größere Investitionen anstehen, eine Verzerrung des Wettbewerbs wittern. Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge sollen stärker als bisher für den Wettbewerb geöffnet werden müssen. Solche Entscheidungen sollten aber jeder Kommune selbst überlassen werden. Das Recht des Stadt- und Gemeinderates, zu subventionieren, was er für gemeinwohlförderlich hält, steht hier nachhaltig auf dem Spiel.

Wegen des geplanten Investorenschutzes könnten private Anbieter gegen solche Ausgleichszahlungen vor einem internationalen Schiedsgericht auf Schadensersatz klagen. Diese Schiedsgerichte sollen aber nicht mit hauptamtlichen Richtern besetzt werden, sondern mit Anwälten oder Juristen, die oftmals im Hauptberuf Firmenanwälte sind. Und mehr als 60 Prozent von diesen vertreten sogar auch Investoren. Trotzdem haben diese Schiedsstellen die gleiche Macht wie ordentliche Gerichte und ihre Urteile sind bindend für den Staat. Gleichzeitig können die Schiedsgerichte aber nur von den ausländischen Investoren angerufen werden – nicht von Staaten. „Rechtsstaatlicher Irrsinn“, so die Meinung renommierter Juristen.

Aber zurück zu Paul Hümmer und seiner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen: „Das Abkommen mit Kanada ist fertig verhandelt, das heißt die Zeit drückt! Wir wollen kein Abkommen, das unsere Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards aushebelt oder unsere Daseinsvorsorge gefährdet. Diese Form lehnen wir ab!“

Die überregionale Wochenzeitung „Die Zeit“ kommt in ihrer Online-Ausgabe zu dem gleichen Schluss wie Afa-Sprecher Hümmer: „Nicht nur TTIP muss grundlegend überdacht werden. Auch CETA ist in der jetzigen Form nicht zustimmungsfähig. Notfalls werden auch hier die zuständigen Gerichte angerufen werden. Dabei kommt – wegen des ‚gemischten‘ Rechtscharakters beider Handels- und Investitionsabkommen – sowohl der Weg zum Europäischen Gerichtshof wie auch – im Rahmen des deutschen Ratifizierungsverfahrens – der Weg zum Bundesverfassungsgericht in Betracht.“

Wolfgang Sandler